



Referat auf der Festveranstaltung des Revolutionären Freundschaftsbundes e. V.

**100. Jahrestag der Bildung des „Roten Frontkämpferbundes –
Proletarische Schutz- und Wehrorganisation zum Schutz der
Errungenschaften der Arbeiterbewegung;
Erfolge und Lehren der Geschichte**

Herausgeber: Revolutionärer Freundschaftsbund e. V. (RFB). Juli 2024 im Eigenverlag. www.rfb-online.org



Gerd Hommel

Torgau
22. Juni 2024

100. Jahrestag der Bildung des „Roten Frontkämpferbundes – Proletarische Schutz- und Wehrorganisation zum Schutz der Errungenschaften der Arbeiterbewegung“; Erfolge und Lehren der Geschichte

Liebe Freunde,
verehrte Genossinnen und Genossen,

„Kinder, wie die Zeit vergeht“ – kann man den Gedanken zum Anlass unserer Veranstaltung heute voranstellen. Vor 10 Jahren, also anlässlich des 90. Jahrestages der Bildung des „Roten Frontkämpferbundes“ 1924 fanden sich Mitglieder des Revolutionären Freundschaftsbundes e. V. und weitere Thälmannfreunde in Chemnitz zu einer festlichen Veranstaltung zusammen.

Der Vorstand des Revolutionären Freundschaftsbundes e. V. beschloss, die Erinnerung an den 100. Jahrestag des von Thälmann geführten RFB mit diesem 8. RFB-Camp unseres Bundes zu verbinden. Das 8. RFB-Camp belegt: Es ist ja selbst zu einer neuen Tradition geworden.

Also herzlich willkommen, ihr lieben Mitglieder, Gäste und Freunde.

Getreu der Satzungsziele unseres Freundschaftsbundes versuchten wir 2014, mit dem Gedenken das Wissen über die Klassenkampfsituation zu vertiefen, in der „die deutsche Großbourgeoisie die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse im Herbst 1923 nutzte, um ihre politische Macht wieder herzustellen“.

Zitat aus der Laudatio vor 10 Jahren:

„Der Revolutionäre Freundschaftsbund e.V., wurde gegründet zur Bewahrung des politischen Vermächnisses Ernst Thälmanns und der revolutionären Arbeiterbewegung. Er stellt sich die Aufgabe, in der Zeit der Restauration des Kapitalismus und der Wiederherstellung der Hoheit großbürgerlicher Ideologie in der DDR, den 90. Jahrestag der Gründung des Roten Frontkämpferbundes zum Anlass zu nehmen, einen Beitrag zur Verbreitung des Wissens über den Roten Frontkämpferbund zu leisten sowie Erkenntnisse als Lehren für unseren heutigen politischen Kampf zu gewinnen“

Die Aufgabe bleibt. Die Kampfbedingungen aber haben sich verändert.

Das imperialistische neokoloniale System verliert seine Kraft der alleinigen Vorherrschaft in der Welt. Weltweit bedient es sich von Tag zu Tag offensichtlicher und wo immer möglich rechter Kräfte vieler Couleur, um sie für den Kampf gegen eine Ordnung von Staaten mit gleichberechtigten friedlichen Außenbeziehungen zu organisieren und zu mobilisieren.

In meinem Vortrag habe ich mir vorgenommen, auf historisch-dialektische Weise folgendermaßen Schwerpunkte anzusprechen:

- + Die gesellschaftlichen Verhältnisse zu benennen, die zur Herausbildung des Roten Frontkämpferbundes führten;
- + Die Entwicklung des RFB zu einer proletarischen Klassen- und Massenorganisation darzustellen;
- + Die politischen Felder des Wirkens des RFB ins Bewusstsein zu rufen und die Vielseitigkeit eingesetzter Mittel im politischen Kampf für die Bildung des Klassenbewusstseins und die politische Schlagkraft gegen die schwarze und braune Reaktion aufzuzeigen;
- + Anzuregen, wie wir unser politisches Wirken und den Kampf gegen rechten Terror und die staatliche Repression, gegen die imperialistische Kriegspolitik, für die antifaschistische Aktionseinheit wirksamer führen können sowie den Zusammenschluss der Kommunisten in Deutschland in einer Kommunistischen Partei auf wissenschaftlicher Grundlage von Marx, Engels, Lenin und den Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung unterstützen.

In der jüngeren Geschichte fanden die Entstehung, das Wirken und die historische Rolle des Roten Frontkämpferbundes wenig Beachtung. 2004 – 80. Jahrestag der Gründung – und 2014: 90. Jahrestag. Es wurde ihm von Tageszeitungen und politischen Periodika kaum Aufmerksamkeit entgegengebracht, obwohl das Ereignis zu jenen „Gedenktagen“ gehört, deren „Sinn in Gegenwart und Zukunft hinein wirken“ – zitiert nach Ernst Thälmann.

Es waren aber „Junge Welt“, „Die Rote Fahne“, „Unsere Zeit“, „RotFuchs“ und „Der Freidenker“, die Rundbriefe der Gedenkstätte Ernst Thälmann Hamburg und des Freundeskreis Ernst Thälmann e. V. Ziegenhals - Berlin, die öffentlich informierten und den Versuch unternahm, an die politischen Aktivitäten des Roten Frontkämpferbundes zu erinnern. Wenn bürgerliche Medien sich äußern, ist es üblich, den RFB als rote Terrororganisation zu diffamieren und ihn in eine Reihe mit den weißen und braunen Banden der politischen Reaktion zu stellen. So wird es auch 2024 sein. Die bewährte imperialistische Taktik: Verschweigen oder desinformieren und diffamieren. Das ist nicht neu, aber im Stadium des Niedergangs der imperialistischen Gesellschaftsordnung in die Kriegspolitik zur proklamierten Vernichtung Russlands eingeordnet.

Heute eine Bilanz der Publikationen zum 100. Jahrestag des RFB zu ziehen, ist zu früh. Der Freundeskreis Ernst Thälmann e. V. Berlin-Ziegenhals leitete im April d. J. zum Gedenken an den 138. Geburtstag Teddys die Öffentlichkeitsarbeit zum 100. Jahrestag der Bildung des RFB ein.

Erinnern wir uns an die erste Aktion des RFB e. V., an die Gründung des Roten Frontkämpferbundes vor Ort in Hildburghausen zu erinnern:

Am 4. Juli 2004 trafen sich Antifaschisten aus Thüringen und Sachsen, die sich zum fortschrittlichen politischen Erbe des RFB bekennen, auf dem Simmersberg bei Schnett. Konkreter Anlass war eben der Jahrestag der Gründung der ersten Ortsgruppe des Roten Frontkämpferbundes Hildburghausen. Vorbereitet war das Treffen von der Gruppe antifaschistische Aktionseinheit der Thüringer Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten und dem Vorstand des Revolutionären Freundschaftsbundes e.V. (RFB). **Wie vor 80 Jahren** zur Gründung der Ortsgruppe des RFB, fand das Treffen vor der **Jugendherberge** statt; leider nicht bei freundlichem Sommerwetter. Die Vertreter der Organisationen, Klaus – Peter Schöwitz und Gerd Hommel holten in ihren Wortbeiträgen die Geschichte in das Bewusstsein der Gegenwart. Die Dresdner Gruppe Proletarische Künstler „Volkes eigen“ setzte mit ihren anspruchsvollen Liedvorträgen (u.a. Brecht / Eisler) einen würdigen Rahmen. Heftig zerrte der Wind an den roten Fahnen. Wanderleute, die zum Simmersberg aufgestiegen waren schienen von der Kundgebung überrascht – erst recht beim Gesang der Internationale.

Nun zu den historischen Fakten der Gründung des Roten Frontkämpferbundes in Deutschland:

Der Beschluss der KPD – Zentrale am 31. Mai 1924 zur Gründung einer proletarischen Wehrorganisation kam letztlich nach dem Hallenser Blutsonntag und im Ergebnis innerparteilicher Auseinandersetzung über Notwendigkeit und Zielstellung dieser proletarischen Wehrorganisation zustande.

Der sogenannte „Deutsche Tag“ am 11. Mai 1924 in Halle war der bisherige Höhepunkt militaristischer Aufmärsche und rechten Terrors gegen die sich gegen kapitalistische Ausbeutung und gegen Bestrebungen zum Sturz der bürgerlichen parlamentarischen Republik von Weimar wehrenden proletarischen Massen. Die Polizei hatte das Feuer auf die gegen den militaristischen Spuk Protestierenden gerichtet. Acht Tote und sechzehn Schwerverletzte blieben auf dem blutigen Schauplatz zurück. In der KPD – Zentrale gab es unterschiedliche Auffassungen:

Sowohl die Forderung nach einer militärischen Wehr- und Schutzorganisation, den Verzicht auf eine eigene proletarische Organisation mit dem Vorschlag des Beitritts zum Bund Republikanischer Kriegsteilnehmer, Reichsbanner Schwarz – Rot – Gold, als auch die Verneinung überhaupt (Gruppierung um Fischer und Maslow, die den Befürwortern „Soldaten - und Revolutionsspielerei“ unterstellten).

Die KPD – Zentrale setzte kurzfristig eine Kommission zur Abwägung der Meinungen ein. Das Prüfungsergebnis, vorgetragen am 31. Mai, ergab die Bejahung an der Parteibasis für eine von der KPD geführte Wehrorganisation.

Die zweite Variante erledigte sich schon durch die von der Führung des Reichsbanners an dessen Bezirksleitungen erlassene Richtlinie, die Kommunisten den Eintritt verwehrte. Der Beschluss der KPD – Zentrale legte auch fest, dass die Wehrorganisation zuerst in den Bezirken Großthüringen und Halle – Merseburg gegründet werden sollte, wo der schwarz – weiß – rote Terror besonders wütete und andererseits Erfahrungen der nach der Niederlage der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen verbotenen Proletarischen Hundertschaften bestanden.

Nicht ein illegaler bewaffneter Verband, sondern eine **proletarische Massenorganisation zur antimilitaristischen Agitation und Propaganda sowie zum Schutz von Versammlungen, Demonstrationen, politischen Aktivitäten, Gedenkstätten der Arbeiterbewegung und Parteizentralen** sollte der Rote Frontkämpferbund werden; eine Antwort auf den zunehmenden, zum Teil blutigen, Terror der Polizei und der militaristischen nationalistischen und monarchistischen Verbände, wie Stahlhelm, Jungdeutscher Orden, Der Wehrwolf, Bund Wiking, Bund Oberland, Bund Olympia, Tannenberg – Bund, Frontbann, Deutsch – Banner schwarz – weiß – rot, Reichskriegerbund Kyffhäuser, deutscher Offiziersbund, Nationalverband Deutscher Offiziere u.a.. Die Benennung derer, die sich besonders brutal hervorgetan, geschieht hier absichtlich! Einige davon bzw. ihre Nachfahren betreiben noch heute in der Bundesrepublik „Traditionspflege“ – übrigens finanziell aus öffentlichen Kassen gefördert!

Schon vor der Bildung der Provisorischen Bundesleitung des Roten Frontkämpferbundes Ende August 1924 setzten Orts-, Unterbezirks- und Bezirksgruppen der Kommunistischen Partei den Beschluss der Zentrale in die Tat um. In der Nacht vom 5. zum 6. Juli 1924 trafen sich Mitglieder des KPD – Unterbezirks Hildburghausen, der Kommunistischen Jugend und parteilose Arbeiter zur proletarischen Sonnenwendfeier an der Jugendherberge auf dem Simmersberg bei Schnett / Thüringen.

Die Kommunistische Jugend hatte die Grundsteinlegung für einen Gedenkstein zu Ehren Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs organisiert. Anschließend an diese Sonnenwendfeier wurde von Teilnehmern die erste RFB – Ortsgruppe (Hildburghausen) gegründet. Ihr Vorsitzender wurde der kommunistische Landtagsabgeordnete Hermann Schulze.

In der Folgezeit kam es zu Meinungsverschiedenheiten, ob die erste Ortsgruppe in Thüringen oder im KPD – Bezirk Halle – Merseburg, dem „roten Herzen Mitteldeutschlands“, gegründet wurde. Dieser Anspruch wurde schon bald in der KPD und im RFB geklärt. Im Juli 1924 gab es in der KPD – Bezirksleitung Halle – Merseburg eine die Gründung des Roten Frontkämpferbundes vorbereitende Sitzung, an der auch Ernst Thälmann teilnahm. Die Bezirkszeitung „Klassenkampf“ veröffentlichte am 29. Juli 1924 einen Gründungsaufruf. Am 31. Juli 1924 fand die Gründungsversammlung in Halle im „Volkspark“ statt.

Die Folge der Gründungsaktivitäten widerspiegelt die politische Situation in der Parteibasis. Schon am 17. Juli fand die Gründungsversammlung in Jena mit 200 Mitgliedern statt. Es folgten in der ersten Augushälfte Merseburg, Weißenfels, Naumburg, Bitterfeld, Eisleben. Am 1. September 1924 bestanden in Halle – Merseburg bereits 71 Ortsgruppen mit ca. 2500 Mitgliedern, in Großthüringen 6 Ortsgruppen mit ca. 2000 Mitgliedern, in Berlin – Brandenburg 2 Ortsgruppen, in der Lausitz 6 Ortsgruppen, Ostpreußen 7 Ortsgruppen, Erzgebirge – Vogtland 6 Ortsgruppen, Niedersachsen 5 Ortsgruppen, Baden drei.

Das schnelle Anwachsen der Mitgliederzahlen und der rasche organisatorische Aufbau des Roten Frontkämpferbundes zu einer proletarischen Massenorganisation mit über 150 000 Mitgliedern, sowie die politisch – ideologische Ausrichtung in der Auseinandersetzung mit der schwarzen und braunen Reaktion, zeigte deutlich an,

dass der Kampfeswille der Proletarier trotz der Niederlage im Herbst 1923 und in der Zeit relativer Stabilisierung des Kapitalismus nicht getötet war.

Aus den Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 war die KPD trotz des Verbotes vom November 1923 bis zum 1. März 1924 mit einem Stimmanteil von 12,6 % (3,7 Mio. Stimmen) gestärkt hervorgegangen und Ernst Thälmann Reichstagsabgeordneter. Die rechtsbürgerlichen Parteien hatten 10 Mio. Stimmen erhalten, die Sozialdemokratie 6 Mio.. Die Reaktion schäumte und verstärkte konterrevolutionäre Aktivitäten als auch den Terror gegen Kommunisten und Demokraten.

In der Gründungsphase vereinte der RFB vordergründig ehemalige Kriegsteilnehmer am imperialistischen 1. Weltkrieg und war gleichzeitig ihr Interessenverband zur Einforderung von Rechten der Kriegsoffer!

Diese Umstände gaben wohl auch der Organisation die Bezeichnung Frontkämpferbund. Schon auf der 2. Reichskonferenz des RFB im Mai 1925 fassten die Delegierten nach dem Referat Ernst Thälmanns, der auf der 1. Reichskonferenz im Februar 1925 zum Bundesführer gewählt worden war, bedeutsame Beschlüsse. Der am 22. August 1924 in Jena gegründete **Rote Jungsturm** für Jugendliche von 16 bis 21 Jahren sollte politisch – ideologisch und organisatorisch gefestigt werden. Die Bildung einer selbständigen Frauen- und Mädchenorganisation wurde als notwendig angesehen, die schließlich im November 1925 als **Roter Frauen- und Mädchen – Bund (RFMB)** gegründet wurde. Als Spezialformation des RFB war 1925 für Matrosen der Kriegs- und Handelsmarine in Bremen, Hamburg, Kiel, Stettin und Königsberg die **Rote Marine** gebildet worden.

Wichtige Meilensteine für die Entwicklung des RFB waren:

Die jährlichen Reichskonferenzen als höchstes beschließendes Organ des Bundes.

Die jährlichen Reichstreffen als Ausdruck der Disziplin der Kämpfer und Demonstration des Standes der Organisiertheit und der Verbundenheit mit den proletarischen Massen.

Die Vervollkommnung der proletarischen Schulungsarbeit.

Die sportliche Ertüchtigung.

Die Vermittlung militärischer Disziplin und militärischer Grundkenntnisse standen im Mittelpunkt der Diskussionen und Beschlüsse der Reichskonferenzen.

Wenn Nick Brauns 2014 in der Wochenendbeilage der Zeitung „*junge Welt*“ im Beitrag „Geballte Faust“ Ruth Fischer mit ihrer „Warnung“ aus dem Jahre 1925 zitiert, in der sie angeblich „die leidenschaftliche Begeisterung vieler Genossen für die Demonstrationen des Roten Frontkämpferbundes kritisiert“, so verschweigt er (Brauns), die ausführliche Diskussion auf der 2. Reichskonferenz. Zitat Ruth Fischer: „weil sie sich damit vorspiegeln, dass sie an der Eroberung der Macht stehen, dass sie damit spielen können, Revolution zu machen, um die tägliche Arbeit in den Gewerkschaften und in den Betrieben nicht machen zu müssen“. In der Diskussion

sprach Ernst Thälmann zur Aktionseinheit mit den Reichsbanner-arbeitern, in der die Initiative aus dem Gau Baden zum Verbot des Umgangs mit Reichsbannermitgliedern abgewiesen wurde. Ernst Thälmanns leidenschaftliche Rede beinhaltete die Aufgaben für eine umfangreiche massenpolitische Arbeit.

Sie wurde unter der Überschrift „Heran an die Massen!“ bekannt. Die Aufgabenstellung umfasste die politische Massenarbeit in den Betrieben, auf dem Lande sowie unter der proletarischen Basis im Reichsbanner.

Auf der 3. Reichskonferenz 1926 in Halle wurde die Aufgabestellung sogar auf die Herauslösung irreführter Werktätiger aus militaristischen Verbänden erweitert.

Auch auf der 4. Reichskonferenz 1927, auf der Ernst Schneller das Referat hielt, stand die politische Massenarbeit im Mittelpunkt, darunter die Arbeit in den Gewerkschaften. Die Betriebsgruppenarbeit des RFB sollte vor allem in den Schwerpunkten Rüstungs- und chemische Industrie und Flugzeugbau wirksamer gestaltet werden. Das hieß: Aufklärung über imperialistische Kriegspropaganda, Kriegsvorbereitung und Wesen des Imperialismus.

Es ist einfach unfair, das Wirken Ernst Thälmanns und der RFB - Bundesführung für die Überwindung sektiererischer Tendenzen zu verschweigen. Es war insbesondere Thälmann, der die kritischen Hinweise Lenins über den „Linken Radikalismus“, die Arbeit in den Gewerkschaften, unter den Landarbeitern, mit der Jugend und den Frauen zum Maßstab der massenpolitischen Arbeit machte.

Die Landeinsätze des RFB zur Gewinnung der Landarbeiter und der Landbevölkerung als Verbündete waren von der Reaktion mit Gegenmaßnahmen bis zu Drohungen bedacht. Die Thüringer Landagitation eröffnete die Methode der Gespräche direkt in den Häusern bei der Landbevölkerung, um die Einschüchterung der Landbevölkerung zu umgehen.

Auch die **Wahlagitationseinsätze** (Reichspräsidentenwahl 1925; Thälmann kandidierte gegen Hindenburg), die Mobilisierung für die **Fürstenenteignung**, die **Gedenkveranstaltungen zur Bewahrung der Traditionen der Arbeiterbewegung** und die **Reichstreffen** des RFB verdienten eine ausführlichere Würdigung.

Die Reichstreffen des RFB mit den disziplinierten Marschkolonnen, die Spielmannszüge, der Gesang der Arbeiterlieder hatten zweifellos Einfluss auf die Ausbildung des Bewusstseins der Proletarier, Angehörige der Klasse der Ausgebeuteten zu sein und vermittelten Hoffnung auf revolutionäre Veränderungen, stärkten Siegeszuversicht zur Verhinderung von neuen Kriegen und zur Überwindung der kapitalistischen / imperialistischen Ordnung. Deshalb war die Erziehung zum Proletarischen Internationalismus und zur Bereitschaft, die Sowjetunion gegen eine imperialistische Aggression zu verteidigen, Bestandteil der ideologischen Erziehungsarbeit sowie der Agitation und Propaganda.

Beim 3. Reichstreffen des RFB, Pfingsten **1927**, marschierten beispielsweise Einhunderttausend Frontkämpfer im Schillerpark in Berlin – Wedding auf und sprachen den Schwur.

„Ich gelobe:

Niemals zu vergessen, dass der Weltimperialismus den Krieg gegen die Sowjetunion vorbereitet;

Niemals zu vergessen, dass das Schicksal der Arbeiterklasse der ganzen Welt unlöslich verbunden ist mit der Sowjetunion;

Niemals zu vergessen, dass die Leiden der Arbeiterklasse im imperialistischen Weltkrieg, den 4. August 1914 und den Verrat des Reformismus;

stets und immer meine revolutionäre Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse und dem Sozialismus zu erfüllen;

stets und immer ein Soldat der Revolution zu bleiben;

stets und immer in allen Massenorganisationen, in Gewerkschaft und Betrieb ein Pionier des unversöhnlichen Klassenkampfes zu sein;

an der Front und in der Armee des Imperialismus für die Revolution zu wirken;

den revolutionären Kampf für den Sturz der Klassenherrschaft der deutschen Bourgeoisie zu führen;

Die russische und chinesische Revolution mit allen Mitteln zu verteidigen;

Stets und immer für die Sowjetunion und die siegreiche Weltrevolution zu kämpfen.“

Anlässlich des Reichstreffens im Mai 1928 versammelten sich im Berliner Lustgarten mit den Kämpfern zahlreiche Arbeiter (500 000 Teilnehmer).

Wenn der Rote Frontkämpferbund in den vergangenen Jahrzehnten und in neuerer Zeit reflektiert wurde, dann oft mit Klischees, zu denen die geballte Faust, der Gruß *Rot Front* und die von Schalmeien begleiteten disziplinierten Aufmärsche Uniformierter gehören.

Kaum wird die **geballte Faust als Symbol der Solidarität** erläutert, als das sie aber galt!

In einem Aufsatz in der theoretischen Zeitschrift „Internationale“ (12.07.1925) charakterisierte Ernst Thälmann den Roten Frontkämpferbund:

„Der RFB ist seiner Zusammensetzung und Führung nach eine rein proletarische und in seinen Zielen und Bestrebungen eine revolutionäre Organisation des Klassenkampfes. Er ist keine kommunistische Organisation. Er vereinigt neben kommunistischen Arbeitern einen verhältnismäßig großen Prozentsatz parteiloser und

anders organisierter Arbeiter. Aber der RFB ist seinen Bestrebungen nach ein Teil der kommunistischen Gesamtbewegung. Er hat Aufgaben zu erfüllen, die die Partei als solche nicht erfüllen kann, zu deren Durchführung die Partei ihn aber in jeder Weise fördern muss.“

Wenn es hinsichtlich der Zusammensetzung der Anschauung bedarf:

Von 79 Mitgliedern der RFB – Ortsgruppe Hettstedt waren 4 Kommunisten, 75 parteilos. Die Ortsgruppe Gleiwitz hatte 1925 123 Mitglieder, davon 25 Kommunisten, 30 Sozialdemokraten, 18 Zentrumsmitglieder, 50 Parteilose.

Ende 1928 und Anfang 1929 wurde es immer deutlicher, dass die Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus ihrem Ende entgegen geht. Die Konjunktur flaute ab, die Lebenslage der Massen verschlechterte sich. Die Zahl der Streiks und der Aussperrungen wuchs rasch an. Innerhalb der Großbourgeoisie verstärkten sich die Stimmen, die die Ersetzung der bürgerlich-demokratischen Demokratie durch eine offene, unverhüllte Diktatur verlangten.

Die KPD warnte eindringlich vor der gefährlichen Rechtsentwicklung innerhalb der herrschenden Klasse und verfocht auch unter den komplizierter werdenden Bedingungen unbeirrt und standhaft die nationalen und sozialen Lebensinteressen der werktätigen Massen. Der RFB stand an ihrer Seite und ihm fielen angesichts der Verschärfung des Klassenkampfes immer schwierigere Aufgaben zu. Im **November 1928** führte der RFB deshalb eine **Reichsführerkonferenz** durch, die in der Bedeutung einer **Reichskonferenz des RFB** gleichkam.

Trotz der verschärften Hetze gegen den RFB und vielgestaltiger Behinderungen wuchs die Zahl von Neumitgliedern, ohne dass die Fluktuation aufgehalten werden konnte. Die Reichsführerkonferenz setzte sich mit den vorhandenen Mängeln in der Betriebsgruppenarbeit und Gewerkschaftsarbeit als einer Ursache der Fluktuation auseinander. Die Führung der **Roten Jungfront** – aus dem Roten Sturm hervorgegangen – ersuchte um Unterstützung durch erfahrene Mitglieder und Funktionäre. Die Altersgrenze der RJ wurde von 21 auf 23 Jahre heraufgesetzt.

Hauptthema der Konferenz war das Referat Ernst Thälmanns „Die Kriegsgefahr und die Aufgaben des RFB“.

Er betonte: Wenngleich der deutsche Imperialismus zu dieser Zeit noch nicht die Hauptkraft der antisowjetischen Verschwörung darstellte, waren doch trotz aller pazifistischen Phrasen sein Streben nach Neuaufteilung der Welt und damit seine besondere Aggressivität deutlich sichtbar. Ernst Thälmann forderte, die pazifistischen Verschleierungsmanöver durch verstärkte Aufklärungsarbeit zu entlarven und die Bourgeoisie zu hindern, die Werktätigen für den antisowjetischen Feldzug zu missbrauchen.

Entschuldigt, liebe Genossen. Wem kommen da nicht Erkenntnisse über die nachkonterrevolutionäre Zeit der Gegenwart in der BRD in den Sinn?

Für den Fall eines Kriegsausbruchs benannte Ernst Thälmann die Aufgaben des RFB und erklärte, dass bei einem Krieg gegen die Sowjetunion der RFB mit allen Mitteln für den Sieg der Sowjetunion und ihrer Armee kämpfen müsse.

Ich kann hier nicht die von der Konferenz im Ergebnis der Diskussion beschlossene Resolution wiedergeben. Im Kapitel 9. „Der Rote Frontkämpferbund“ von Kurt Finker lässt sich Ausführlicheres dazu erfahren. Die Resolution thematisierte in ihrem Kontext die politischen und organisatorischen Aufgabenstellungen:

- + Streikkämpfe unterstützen.
- + in Gewerkschaften arbeiten und Verantwortung übernehmen.
- + Massenstreikschutz organisieren; Erfahrungen auswerten.
- + Mobilisierungsarbeit unter den Arbeitern der Rüstungsindustrie ist ein Schwerpunkt.
- + die Massenagitation unter den Reichsbannerarbeitern verstärken / Durchsetzung der Einheitsfrontpolitik.
- + Unterstützung der Roten Jungfront mit erfahrenen Kadern.
- + Verbesserung der Schulungsarbeit
- + das „Eigenleben“ / Mitgliederleben in den Organisationen des RFB beleben, wo es nicht funktioniert.
- + weiterer Ausbau der Agitpropgruppenarbeit, der Einsatz der Spielmannszüge und Kultur- und Sportgruppen (Schalmeien- und Fanfarenkonzerte / Laienspiel- und Theatergruppen / Artistenvereine / Radsportgruppen) – auch zur Beschaffung von Spendenmitteln und Unterstützung der Internationalen Arbeiterhilfe IAH.
- + weiterer Ausbau der Wehrsportarbeit.

Die Unterstützung der Roten Jungfront wurde 1929 nochmals thematisiert. Jugendwerbeweche und Märzaufgebot!

Die Funktionärszeitschrift „Roter Führer“ veröffentlichte unter der Überschrift „Ein ernstes Wort“: „Es wird ... darüber geklagt, dass die RJ manchmal über die Stränge schlägt und gegen die Statuten der Organisation verstößt. Dem RFB fällt in seiner Stellung zur RJ nicht die Rolle der Gouvernante zu. Wo Fehler und Disziplinlosigkeiten der RJ vorgekommen sind, sind sie meist darauf zurückzuführen, dass es der RFB nicht verstanden hat, der Jungfront politische Aufgaben zu stellen und die Jugend politisch zu führen. Der Sturm- und Dranggeist muss der Motor sein, der den RFB mit vorwärts treibt. ... der neue Weltkrieg ist keine Agitationsphrase oder Propagandalosung. ... Die arbeitende Jugend wird im imperialistischen Krieg wie im Klassenkrieg eine entscheidende Rolle spielen. ...“

Gleichzeitig ließen die Hetze der Regierung und der Medien sowie die zunehmenden Polizeieinsätze und Verbote gegen KPD und RFB erkennen, dass ein Verbot des RFB vorbereitet wird. Polizeipräsident Zörggibel hielt das Demonstrationsverbot für den 1. Mai 1929 aufrecht. KPD und RFB riefen die Arbeiter Berlins auf, sich das Recht nicht nehmen zu lassen, am 1. Mai zu demonstrieren.

Am 1. Mai sammelten sich etwa 200 000 Werktätige in den Stadtbezirken Berlins. Die Polizei war in höchste Alarmbereitschaft versetzt, Polizei und Presse verbreiteten das **Gerücht von einer angeblichen Aufstandsabsicht der Kommunisten**. Die Polizei drang mit Knüppelattacken und Schusswaffengebrauch in die Arbeiterbezirke ein. In Wedding und Neukölln wehrten sich die Arbeiter gegen den Terror mit dem Bau von

Barrikaden, setzten sich mit Steinen, Flaschen und Blumentöpfen spontan zur Wehr. Einzelne Arbeiter, die im Besitz von Revolvern waren, begannen, in Notwehr das Feuer der Polizisten zu erwidern. Die Kämpfe dauerten bis zum 3. Mai 1929. 31 Tote und 194 Verletzte, 1000 Verhaftete verbuchte der Polizeipräsident als Ergebnis seiner Provokation. Der Zweck offenbarte sich bereits am 2. Mai mit dem Verbot der „Roten Fahne“. Am 3. Mai verbot der Preußische Innenminister den RFB und die RJ für das Land Preußen. Am 6. Mai erließ der Reichsinnenminister Severing das Verbot beider Organisationen für das ganze Reich, das bis zum 14. Mai alle Länder durchführten.

Die offizielle Begründung:

Die Tätigkeit des RFB gefährde die Sicherheit und den Bestand des Deutschen Reiches. (Anmerkung: Auch die Weimarer Republik wurde staatsrechtlich als Deutsches Reich bezeichnet).

Das wirkliche Ziel:

die Arbeiterklasse wehrlos machen; als erste Voraussetzung für die Durchsetzung der Pläne der reaktionärsten Kreise der deutschen Bourgeoisie.

Am 3. Juni wurde das Demonstrationsverbot für Berlin aufgehoben und am 28. Juni 1929 konnte der Stahlhelm unter Polizeischutz seinen Aufmarsch realisieren. Der Weg zur faschistischen Diktatur wurde also Schritt für Schritt freigemacht.

Das RFB – Verbot löste unter den fortschrittlichen Menschen einen Sturm der Empörung aus. Nicht nur in Deutschland, auch in Großbritannien, den Niederlanden, der Schweiz, in Österreich und selbstverständlich aus der Sowjetunion kamen Solidaritätsbeweise.

In ganz Deutschland bildeten sich Kampfkomitees gegen das RFB – Verbot. Die zentrale Leitung lag in den Händen eines **Reichskomitees unter Führung der KPD**. Ich habe hier leider nicht die Möglichkeit, ausführlich über die Protestkundgebungen zu berichten, die es im ganzen Reich gab und die die Aufhebung des Verbots forderten. Und das, während massenhaft Hausdurchsuchungen Verhaftungen, Beschlagnahmen, Anklagen erfolgten. In den Polizeirazzien wurde alles beschlagnahmt, was gefunden wurde: Ausweise, Stempel, Armbinden, Abzeichen, Druckschriften, Geld, Beitragsmarken, Sammelisten, Musikinstrumente und sogar Privatbriefe, KPD-Zeitungen und Mitgliedsbücher der KPD.

Denunziantentum und antikommunistische Hysterie wurden in jeder Weise gefördert. Bereits am 25. Mai 1929 stellte die politische Abteilung des Berliner Polizeipräsidiiums in einem Bericht an das Preußische Innenministerium fest:

„Die nunmehr beendete Sichtung der in Durchführung der Verfügung vom 3. Mai betreffs Auflösung des Roten Frontkämpferbundes beschlagnahmten Sachen hat den Beweis erbracht, dass der RFB – jedenfalls soweit die Bundesführung und der Gau Berlin in Frage kommen – von der Auflösung nicht überrascht worden ist und der RFB alles irgendwie wichtige Material rechtzeitig beiseite geschafft hat.“

Das sprach eindeutig gegen die Behauptung von der Vorbereitung eines Aufstandes. Rechtsanwälte legten beim Reichsgericht Beschwerde gegen das Verbot des RFB ein. Daraufhin erteilte der Preußische Innenminister den Auftrag an den Berliner Polizeipräsidenten, Material zur Erwidern auf die Beschwerde zusammenzustellen.

Erst jetzt wurden „Gründe“ für das Verbot zusammengestoppelt. Das 16 seitige Papier enthielt aber nur Dinge, die längst bekannt waren und bisher keine Konsequenzen juristischer Art auslösten.

Weder „Verschwörungen“ noch „Bürgerkriegspläne“ konnte die Polizei nachweisen. Die Reaktion machte sich also nicht die Mühe, dem RFB eine „Schuld“ nachzuweisen.

Der 1. August 1929 war von der KPD zum Internationalen Antikriegstag erklärt worden. In Berlin, Breslau, Chemnitz, Leipzig, Düsseldorf, Essen, Königsberg, Altona und anderen Städten fanden große Demonstrationen statt, an denen uniformierte RFB – Kolonnen teilnahmen.

Das Reichskomitee gegen das RFB – Verbot rief für den 27. Oktober 1929 zu einem Großkampftag gegen das Verbot auf. Und wieder marschierten in vielen Orten Tausende uniformierter Kämpfer gegen das Verbot auf. In Leipzig beteiligten sich 5000. Sie reisten in Zivil aus Westsachsen und Berlin zum Stellplatz an. Auf ein Kommando zogen sie die Uniformen an und formierten die Marschkolonnen. Die Polizei knüppelte unbarmherzig auf die Demonstranten ein. 52 Verhaftete, 100 Verletzte. Viele Gerichtsverfahren mit erheblichen Haftstrafen.

Zahlreiche Solidaritätsbeweise kamen aus dem Ausland. Dessen ungeachtet wurden alle Versuche, die Legalität des Bundes wiederherzustellen, brutal unterdrückt. Auf außerparlamentarische Protestaktionen antworteten die Staatsorgane mit verschärftem Terror. Allein bis zum Herbst 1929 wurden über 1000 Rote Frontkämpfer verhaftet und 300 von ihnen in 50 Prozessen zu Freiheitsstrafen verurteilt. In den Landtagen wurden in Reden pauschal Gewalttaten, Unrecht, Mord, Raub unterstellt. Die Reaktion machte sich nicht die Mühe, dafür Beweise für die angelastete „Schuld“ zu erbringen. – Kommt uns das heute in unserem antifaschistischen Widerstand bekannt vor?

Mit Spitzfindigkeiten, die ich hier nicht weiter ausführen kann, entschied das Reichsgericht die Beschwerde gegen das Verbot: Es sei nicht zuständig, weil das Gesetz, nach dem das Verbot erfolgte, nicht mehr in Kraft sei.

Nunmehr entschied das ZK der KPD und die illegale Bundesführung des RFB, den Roten Frontkämpferbund illegal weiterzuführen und zugleich neue legale Abwehrorganisationen, regional organisiert, zu schaffen. Sie trugen sehr unterschiedliche Namen, wie „Antifaschistischer Schutzbund“, „Kampfbund gegen den Faschismus“; Arbeiterwehrgeschichte AWO und Jugendwehrgeschichte JWO usw. Sie existierten neben dem illegalen RFB. Oft waren die illegalen RFB-Mitglieder zugleich Mitglieder in den neuen Organisationen. Das bedeutete auch zweimal Mitgliedsbeiträge. Ein großes Opfer unter den Bedingungen verbreiteter Arbeitslosigkeit.

Das Jahr 1930: Höhepunkt der Pfingstaufmärsche war das Reichstreffen der revolutionären Arbeitersportler in Erfurt vom 7. – 9. Juni 1930. Unter den 20 000 Teilnehmenden befanden sich starke RFB-Gruppen aus den Landesverbänden bzw. Gauen. In einer Ansprache begrüßte Ernst Thälmann am 8. Januar 1930 die Versammelten im Namen der KPD und im Namen „des nicht zu verbotenen Roten Frontkämpferbundes“.

Wie gesagt: ich kann hier mit Beispielen nur andeuten, welche gewaltige Arbeit geleistet wurde. Die Kader wurden umgruppiert. Die Kampforganisation und

Kampfformen unterlagen ständigen Veränderungen, um die Zerschlagung zu verhindern und politisch wirksam zu sein. 1931 / 1932 wurde der Organisationsaufbau weiter vervollkommen. Nunmehr bildeten drei Fünfergruppen einen Zug und drei Züge einen Sturmtrupp. Der Führer des Sturmtrupps hatte einen Stellvertreter und drei Gehilfen für Organisation, Massenarbeit und Gegnerabwehr. Größere Aufmerksamkeit wurde der waffenlosen Selbstverteidigung gewidmet. Die militärische Ausbildung konnte nur in beschränktem Umfang stattfinden. Schließlich wurde beschlossen, einen besonderen Sicherheitsapparat zu schaffen - genannt „Organisationsschutz“ und „Nachrichtenabteilung“, denn die Behörden und Naziorganisationen hatten ein Heer von Spitzeln und Provokateuren gegen den illegalen RFB aufgeboten.

1932 arbeitete der RFB erneut für einen Wahlerfolg der KPD. Das bedeutete oft schwierige Auseinandersetzung mit NSDAP, SA und Stahlhelm.- und zugleich Auseinandersetzung mit Sektierertum („Sozialfaschismusthese“) und mit Erscheinungen individuellen Terrors, der den politischen Kampfmitteln des RFB widersprach und der Einheitsfrontpolitik / der Antifaschistischen Aktion abträglich war.

Die illegale Tagung der Parteiführung der KPD am 7. Februar 1933 mit Ernst Thälmann in Ziegenhals sowie die dort gefassten Beschlüsse „wie der Kampf gegen den faschistischen Terror und den drohenden Krieg gegen die Sowjetunion zu führen ist“ waren zugleich der Auftrag an die Mitglieder und illegalen Strukturen des RFB.

Im Mai 1933 führten Rote Frontkämpfer in Dresden eine riesige Flugblattaktion in Briefkästen durch:

„An alle Werktätigen in Stadt und Land“. Das Flugblatt entlarvte den Charakter der Reichstagsbrandstiftung. Das Flugblatt endete so: „Wir sind da und wir bleiben da, trotz Terror und Verleumdungen. Wir kämpfen weiter bis zur Niederrichtung der Faschistenregierung und zur Errichtung der proletarischen Diktatur. Werdet Rote Frontkämpfer!“.

Ähnliche Aktionen gab es in Hamburg, in Thüringen und vielen Orten in Deutschland.

Ich muß hier abkürzen und möchte in Stichworten verweisen

+ Auf die Standhaftigkeit der Roten Frontkämpfer und der Jungfront in den Polizeikellern und Konzentrationslagern,

+ Die noch illegal bestehenden RFB – Gruppen verschmolzen immer mehr mit den Widerstandsgruppen der KPD. Der RFB hörte 1935 auf, als selbständiger Verband zu existieren.

Getreu dem geleisteten Schwur kämpften die RFB – Mitglieder in den Widerstandsgruppen in Deutschland, in Spanien zur Verteidigung der Spanischen Republik gegen die Franco- italienischen und deutschen Faschisten (der **XI. Internationale Brigade der spanischen Volksarmee** gehörten insbesondere RFB-Kämpfer an), in der **Roten Armee**, - als Soldaten, Kundschafter im faschistischen Hinterland in den **Propaganda – Einheiten an der Front**, in den Reihen der **Résistance** und im französischen **Maquis**, in den **Partisanenverbänden in den Republiken der UdSSR, der Slowakei, in Jugoslawien, in der CSR**; usw.

Diejenigen Roten Frontkämpfer, die Einkerkerung, Folter, Krieg überlebten, waren nach der Befreiung vom Faschismus ohne Zögern zur Stelle, den Faschismus endgültig auszurotten und die Voraussetzungen für die sozialistische Revolution zu schaffen, wie

Hans Jendretzky, Gauführer von Berlin-Brandenburg,
 Alfred Oelsner, Bundeskassierer,
 Wollf Perk, letzter illegaler Bundesführer bis 1935,
 Erich Honecker, RJ Mitglied Saar,
 Max Benkwitz, Gauführer von Halle-Merseburg,
 Albert Schreiner, Chefredakteur der „Roten Front“,
 Fritz Selbmann, Gauführer Ruhrgebiet

Ich habe sie stellvertretend für Tausende „Aktivisten der ersten Stunde“ genannt.

Einen Namen möchte ich noch nennen: Den Dresdner Kommunisten und Kämpfer der Jungfront Arthur Schmerl (geboren 1910). Er wurde 101 Jahre alt und nahm in sehr hohem Alter in den 90 er Jahren noch in Dresden an unseren Thälmann-Ehrungen teil. Er stand dem RFB e. V. sehr nahe und ich (Gerd Hommel) hatte die Ehre, ihm zum Hundertsten zu gratulieren und stellvertretend für den RFB e. V, noch einmal die Hand zu drücken.

Ehre den Leistungen allen Roten Frontkämpfern, ihren Überzeugungen, ihrem Mut, ihrer Selbstlosigkeit. Arbeitskollektive, NVA-Formationen, GST- Organisationen, Kampfgruppen, Schulen usw. haben sie sich zum Vorbild genommen.

Wir – die Mitglieder des Revolutionären Freundschaftsbundes e. V. – bekennen uns zum politischen Erbe der Roten Frontkämpfer:

Nämlich zur revolutionären Veränderung der Welt; für Frieden und Sozialismus!
 Deshalb steht auch für uns als Internationalisten der Widerstand gegen die neofaschistischen Entwicklungen und den imperialistischen Kriegskurs der BRD, der NATO, der EU ... auf Platz 1 unseres politischen Wirkens. Das schließt zahlreiche Teilaufgaben ein. Der Kampf des Roten Frontkämpferbundes ist uns eine Quelle der Erfahrung. Nutzen wir sie allseitig – auch um begangene Fehler nicht zu wiederholen!

Immer wieder wird die Frage nach dem heute notwendigen Selbstschutz der Friedens- und antifaschistischen Bewegung und ihrer Aktionen aufgeworfen. Ich will mich um die Beantwortung nicht drücken. Selbstschutz wird immer notwendiger, zumal staatliche Behörden immer enger mit faschistischen Kräften verbandelt sind und gemeinsam gegen Opposition vorgehen – im Besonderen gegen die revolutionäre Linke.

In Magdeburg gibt es z. Bsp. eine Gruppe „Zusammen kämpfen, für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung“, die sich wiederholt betreffs Selbstschutz und „Antirepressionsarbeit“ auf den Roten Frontkämpferbund berief. Ich (Gerd Hommel) habe versucht, 2014 ins Gespräch zu kommen. Vergeblich. In dieser Gruppe befasst man sich nicht mit dem Roten Frontkämpferbund und seiner Geschichte - auch nicht mit Ernst Thälmann. So bleibt es bei einer Worthülse.

Eine Selbstschutzorganisation, wie den RFB kann man nicht aus dem Boden stampfen. Sie wird nicht wie Phönix aus der Asche aufsteigen.

Erst wenn sich der antifaschistische Widerstand zu einer strukturierten Bewegung formiert, werden Elemente des Selbstschutzes wie die des RFB zum Bedürfnis und möglich. Das ist meine Auffassung.

Solches zeichnete sich im Aktionsbündnis dresden-nazifrei 2009 und folgende Jahre ab. Es wuchs ein strukturiertes Bündnis von Antifaschisten und antifaschistischen Organisationen zur Verhinderung der Naziaufmärsche anlässlich der Jahrestage der angloamerikanischen Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945. Die repressiven vom Staat organisierten Maßnahmen gegen das Bündnis waren Anlass, Strukturen zu bilden, mit denen Polizei–Provokationen abgewehrt werden konnten. Arbeitsgruppen mit abgegrenzter Verantwortung wurden geschaffen. Grundsätze mussten vom Plenum erarbeitet, von den Verantwortlichen erlernt und eingehalten werden. Also: Die Strategie im Plenum beraten und zum Konsens führen. Zutreffendes in den Gruppen umsetzen nach dem Grundsatz: Jeder weiß so viel, wie er für die Lösung seiner Teilaufgabe wissen muss.

Mehr möchte ich hier nicht dazu ausführen. Diese konkreten Kenntnisse erlangte ich aus der Mitarbeit im Plenum. Sie waren natürlich im Internet nicht zu finden. Wir sollten auch umsichtig sein und sie nicht beliebig veröffentlichen. Dieses Wissen reicht inzwischen für die aktuelle Anwendung der Straftatbestände § 129, 129 a (Bildung Krimineller bzw. terroristischer Vereinigungen).

Zusammenfassend die wichtigste Erkenntnis: Die in den werktätigen Massen arbeitende und verwurzelte revolutionäre Partei als Führungskraft und das antifaschistische Bewusstsein der linken Kräfte, der Gewerkschaften, der Friedensbewegung, sind die bedeutenden Voraussetzungen für eine politische Kraft mit dem Format des Roten Frontkämpferbundes.

Kämpft für die Aktionseinheit der Kommunisten! Sie ist die Bedingung für die Aktionseinheit der Antifaschisten im Kampf gegen rechts und die imperialistische Kriegspolitik! Mit dem Thälmannbanner vorwärts gegen die imperialistischen Pläne der Vernichtung Russlands und der VR China!

Ich beende meine Ausführungen mit der Hoffnung, dass sie zum besseren Verständnis eines besonderen, aber auch aktuellen Gegenstandes der Geschichte beitragen und Anregungen für den aktuellen Kampf gegen Faschismus und Krieg geben.

Darum alle Kraft für den Stopp des Faschismus in der Ukraine. Stopp der westlichen Einmischung. Beherzigen wir auch eine spezielle Erfahrung: Pazifistische Träume und Wünsche sind schön, aber verhindern revolutionäre Lösungen. Wenn es uns nicht gelingt, den Widerstand stärker zu machen, bleibt die Losung „Krieg dem Kriege!“ eine symbolische. Wenn es nicht gelingt, den Faschismus zu stoppen, wird der Kampf gegen Faschismus und Krieg wieder mit der Waffe in der Hand entschieden werden müssen!

Hände weg von der Ukraine! Hände weg von Russland und China!
Freiheit für die fortschrittliche soziale revolutionäre Bewegung!

Rot Front!